



Wahlpodium. Isaac Reber, Pia Fankhauser, Regierungsrat Urs Wüthrich, Moderatoren Jürg Gohl, Michael Rockenbach, Regierende Jörg Krähenbühl, Sabine Pegoraro, Adrian Ballmer, Peter Zwick (v.l.). Foto Tino Briner

Regierung trifft auf die beiden Herausforderer

Zur ersten Podiumsdiskussion rund um die Wahlen in die Exekutive kamen viele junge Zuhörer

MARTIN BRODBECK

Der Einsatz gegen den Harassenlauf, Jugendpolitik, die Sparübung und das Verhältnis zu Basel waren Themen eines vom Jugendrat Baselland organisierten Podiums mit den sieben Regierungskandidaten.

Zu einem kurzen politischen Pingpongspiel kam es erst ganz am Schluss: Isaac Reber (Grüne) provozierte Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) mit der Feststellung, dass nur 15 Prozent der Kostensteigerung im Kanton vom Landrat «ausgelöst» würden, 85 Prozent aber von der Regierung. Ballmer warf den Grünen vor, die meisten Vorstösse zu produzieren. Mehrkosten würden oft durch parlamentarische Vorstösse ausgelöst. Jetzt aber funktioniere die Schuldenbremse. Die Regierung werde im Frühling ihre Sparvorschläge präsentieren. Das habe sie seit

jeder so vorgehabt. Der Terminkalender sei «sehr knapp bemessen». Eine grössere Spardebatte, wie sie im Parlament stattgefunden hatte, kam zwischen den fünf Bisherigen und den Herausforderern Pia Fankhauser (SP) und Isaac Reber nicht zustande, obwohl sich die Podiumsleiter Jürg Gohl («Basellandschaftliche Zeitung») und Michael Rockenbach (BaZ) mit angriffligen Fragen redlich darum bemühten.

LACHER DES ABENDS. Der Jugendrat Baselland hatte den Anlass im Binner Kronenmattsaal organisiert. Und unter den gegen 200 Zuhörenden gab es erfreulich viele Junge. Der umstrittene Einsatz von Justizdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) gegen den letztjährigen Harassenlauf war denn auch eines der Gesprächsthemen. Pegoraro verteidigte

ihr Grossaufgebot samt Einsatz eines Helikopters: Man habe so erfolgreich den Gewaltexzess vom Vorjahr verhindern können. Auf die Frage, ob er näher bei seinem Parteipräsidenten Michael Herrmann mit seinem liberalen Bekenntnis oder bei der Linie von Pegoraro liege, provozierte Adrian Ballmer mit einem «Weder-noch» unfreiwillig den Lacher des Abends, um dann zu präzisieren, dass «die Sabine» ihm nahe sei. Pia Fankhauser stellte fest, dass sich die meisten Jugendlichen «völlig normal» verhalten. Und das war dann auch der Konsens des Podiums.

Jugendförderung in den Parteien: Auch da liessen sich die Unterschiede kaum ausmachen. Peter Zwick (CVP) plädierte dafür, dass sich die erfahrenen Parteimitglieder bei der Förderung engagieren sollen. Da gebe es eine kleine

Differenz zu ihrer Haltung, entgegnete Pia Fankhauser: «Meiner Meinung nach sollen die Jungparteien unabhängig von uns ihre neuen Ideen einbringen.»

JUGENDHÄUSER. Jörg Krähenbühl (SVP) zeigte an seiner eigenen Biografie, dass nicht alle jung in die Politik einsteigen können oder wollen. Er selber habe sich «erst auf eine Liste setzen lassen, als mein Sohn 18 Jahre alt geworden war». Ganz anders war dies bei Urs Wüthrich (SP) gewesen, der bereits mit 22 Jahren im Gemeinderat von Zuchwil (SO) sass. Wichtig für die Förderung von Jungen in der Politik sei auch der Jugendrat. Isaac Reber wies darauf hin, dass «die Grünen eine junge Partei» seien. Versprechen für neue Jugendhäuser machten die Kandidierenden den Jungen aber nicht. Das sei Sache der Gemein-

den, meinte Sabine Pegoraro. Man müsse für seine Anliegen kämpfen, sagte Reber: «Dann können wir den Jungen entgegenkommen.» Pia Fankhauser erinnerte daran, dass sie sich für «Parkbänke statt Parkplätze» einsetze. Zusätzlich Freiräume kämen allen zugute – auch den Jungen.

Hinsichtlich der Partnerschaft mit Basel-Stadt wurde Krähenbühl gefragt, ob er und seine Partei «Angst vor der rot-grünen Stadt» hätten. Er verneinte: Das sei keine Frage von Links-Rechts. Das Verhältnis zwischen den beiden Regierungen sei gut. Dass es in einzelnen Fragen Differenzen gebe, sei normal. Auch bei der Wiedervereinigungsfrage zeigten sich die Kandidierenden zurückhaltend. Diese werde sie in ihrer politisch aktiven Zeit nicht erleben, meinte Fankhauser.

Der Streit um die Geldströme ist entfacht

Die Millionen aus dem Finanzausgleich sollen teilweise auch in Richtung Stadt fließen können, verlangt eine Motion im Landrat

PETER DE MARCHI

Die Unterbaselbieter Gemeinden murren ob der hohen Summe, die sie in den Finanzausgleich zu zahlen haben – aber auch ob der Richtung, in der die Gelder fließen. Im Oberbaselbiet kommt deshalb Furcht auf, denn die Gelder sind Überlebenshilfe.

Über 50 Gemeindevertreter treffen sich heute im Gelterkindergemeindehaus. Was sie verbindet: Sie können die Löcher in ihren Budgets nur mit den Geldern aus den reicheren Unterbaselbieter Gemeinden stopfen. Man nennt sie die Nehmergemeinden, im Gegensatz zu den Gebergemeinden. Diese Geldströme (siehe Text rechts) geraten immer stärker in die Kritik; das Nein der Oberbaselbieter Gemeinden, der Nehmergemeinden also, zu den zusätzlichen Subventionen ans Theater Basel hat den Konflikt verschärft.

Erschrocken über die unerwartete Höhe der Beiträge, die die Unterbaselbieter neu in den horizontalen Finanzausgleich einzahlen müssen, haben die Gebergemeinden eine Gemeindeinitiative lanciert. Die Gebergemeinden Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Oberwil, Pfeffingen, Reinach und Schönenbuch verlangen, dass die Zusatzbeiträge an die 36 finanzschwächsten Gemeinden ersatzlos gestrichen werden. Die Initiative soll Ende März eingereicht werden. Direkt reagiert auf das Abstimmungs-

ergebnis über die Theatersubvention hat der Binner EVP-Landrat Urs von Bidder (EVP).

Von Bidder geht weit, sehr weit sogar. Er reicht heute im Landrat eine Motion ein. Seine Forderung: Die Gebergemeinden sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Gelder aus dem horizontalen Finanzausgleich auch an Zentrumsleistungen der Stadt Basel leisten zu können – Geld, das dann natürlich den Oberbaselbieter Gemeinden fehlen würde.

LEBENSWICHTIG. Es geht ans Eingemachte. Kein Wunder also, dass sich im Oberbaselbiet Nervosität breit macht. Die Initiantin des Treffens von heute Abend, Gelterkinders Gemeindepräsidentin Christine Mangold, spricht von einem ersten Gedankenaustausch. «Wir müssen darüber reden, wie wir uns dem Druck aus dem Unterbaselbiet gegenüber verhalten sollen.» Konfrontation sei für sie der falsche Weg, sagt Mangold. Die Kantonsteile müssten aufeinander zugehen und das Gespräch suchen.

Mit Arlesheims Gemeindepräsident Karl-Heinz Zeller geht sie recht hart ins Gericht: «Seine Aussagen dienen der Sache nicht, sie vergiften nur das Klima.» Zeller war es, der in einem BaZ-Interview als Erster vorgeschlagen hatte, mehr an die Basler Zentrumsleistungen und weniger an Oberbaselbieter

Mehrzweckhallen zu zahlen. Christine Mangold betont auch, wie wichtig Finanzausgleich und Zusatzbeiträge für die allermeisten Oberbaselbieter Gemeinden sind. Sie erwähnt das Beispiel einer Firma, die aus Gelterkindern weggezogen ist. Der Ausfall dieser Steuergelder könne mit dem Finanzausgleich zwar nicht ganz, doch immerhin teilweise abgedeckt werden. Auch Waldenburgs Gemeindepräsident Kurt Grieder sagt, die Gelder des Finanzausgleichs seien lebens-

wichtig. Und Lausens Gemeindepräsident Ernst Dill spricht von Solidarität, die man nicht gefährden dürfe.

Die Motion von Bidders dürfte im Landrat eine heftige Diskussion auslösen, denn sie stösst durchaus auch auf Sympathie. Abgelehnt wird sie von SVP und FDP. Das Oberbaselbiet sei schon oft bei Abstimmungen vom Unterbaselbiet überstimmt worden, sagt SVP-Fraktionschef Thomas de Courten. Im Oberbaselbiet aber seien die Entschei-

de immer akzeptiert worden. «Da ist nie ein solches Geschrei darum gemacht worden.»

VERBUND IN GEFAHR. FDP-Fraktionschef Daniele Ceccarelli wehrt sich gegen den Gedanken, dass Gemeinden im Zusammenhang mit dem kantonalen Finanzausgleich aus dem Verbund ausscheren und selber bestimmen, wohin ihre Gelder fließen sollen – der Verbund sei nun mal der Kanton. Skeptisch ist auch SP-Fraktionschef Daniel

Münger. Er ist überzeugt, dass man sich Gedanken machen müsse über die Abgeltung von Zentrumsleistungen. Man dürfe aber nicht die Solidarität mit dem Oberbaselbiet und jene mit der Stadt gegeneinander ausspielen. Grundsätzlich positiv stehen hingegen die Fraktionschefs Felix Keller (CVP) und Klaus Kirchmayr (Grüne) der Motion gegenüber: Der Vorstoss sei zwar nicht der Weisheit letzter Schluss, aber allemal eine Diskussion wert.

Beim Finanzausgleich zählt nur die Steuerkraft einer Gemeinde

MINDESTAUSSTATTUNG. In einfachen Worten ausgedrückt, bedeutet horizontaler Finanzausgleich: Die reicheren Gemeinden greifen den nicht ganz so reichen finanziell unter die Arme. So weit, so einfach. Jetzt aber geht die grosse Rechnerei los: Im Jahr 2010 sind 67,3 Millionen Franken von den Geber- zu den Nehmergemeinden geflossen. Im Bezirk Arlesheim haben nur Aesch, Birsfelden und Ettingen Geld aus dem Finanzausgleich erhalten. Mit 11,4 Millionen hat Binningen am meisten einbezahlt. In den übrigen Bezirken gehören nur Liestal, Seltisberg, Itingen, Nussdorf, Sissach und Oberdorf zu den Gebergemeinden. Itingen zahlt gerade mal 25 000 Franken ein, Liestal 1,39 Millionen. Ob eine Gemeinde Geld erhält oder zahlt, ergibt sich beim horizontalen Finanzausgleich einzig und allein aus der Steuerkraft. Auf dem Statistischen Amt wird ein fiktiver durchschnittlicher Steuerfuss aller Gemeinden berechnet; dieser betrug im Jahr 2010 54,6 Prozent. Die Steuerkraft entspricht

dem Steuerertrag einer Gemeinde mit einem Steuerfuss von genau diesen 54,6 Prozent. Der horizontale Finanzausgleich sorgt dafür, dass jede Gemeinde eine Mindestausstattung erhält. Im Jahr 2010 betrug diese Mindestausstattung 2246 Franken pro Kopf – berechnet auf der Basis der 54,6 Prozent. Daraus ergibt sich: Wer etwa eine Steuerkraft von 3000 Franken pro Kopf hat, zahlt 754 Franken pro Kopf in den Finanzausgleich ein. Wer hingegen nur eine Steuerkraft von 1800 Franken hat, bekommt 446 Franken pro Kopf ausbezahlt.

SONDERBESTIMMUNGEN. Neben dem horizontalen Finanzausgleich gibt es auch noch die Sonderlastenabgeltung und Zusatzbeiträge. Der Kanton zahlt die Sonderlastenabgeltungen an Gemeinden, die beispielsweise überdurchschnittlich viele Kinder im Kindergarten und in der Primarschule haben oder hohe Soziallasten zu tragen haben. Münchenstein

etwa zahlt zwar in den horizontalen Finanzausgleich ein, erhält aber vom Kanton einen Beitrag an die Sozialhilfe. Mit den Zusatzbeiträgen werden die 36 finanzschwächsten Gemeinden abermals unterstützt. Jede Gemeinde zahlt in einen Topf, dessen Inhalt dann auf die 36 Gemeinden verteilt wird. Die Höhe des Betrags darf 30 Franken pro Einwohner und Jahr nicht überschreiten, die Zahlung an eine Gemeinde darf 200 000 Franken nicht übersteigen, und der Steuerfuss der Gemeinde muss mindestens dem Durchschnittssteuerfuss der Gebergemeinden entsprechen. Ist dies nicht der Fall, kommt es auch zu einer Kürzung des horizontalen Finanzausgleichs. Im Bezirk Waldenburg etwa haben 2010 zehn von 15 Gemeinden von diesen Zusatzbeiträgen profitiert, im Bezirk Laufen acht von 13 Gemeinden. So hat etwa Röschenz 1,65 Millionen horizontalen Finanzausgleich, 123 000 Franken Sonderlastenabgeltung und 200 000 Franken Zusatzbeiträge erhalten. pdm